



AUSGABE 149
Mai 2014

ANALYSEN & ARGUMENTE

Zehn Mythen der Rechtfertigung russischer Politik in der Ukraine-Krise

Jasper Eitze | Michael Gleichmann

Nach dem politischen Umsturz in der Ukraine steht der territoriale und gesellschaftliche Zusammenhalt wie auch die finanzielle und wirtschaftliche Überlebensfähigkeit des Landes auf dem Spiel. Dabei haben spätestens die Ereignisse auf der Krim deutlich gemacht, dass die entscheidende destabilisierende Wirkung in erster Linie von pro-russischen Kräften bzw. vom Handeln Russlands ausgeht. Im Verlauf der letzten Monate hat der Kreml zunehmend unverhohlen und ganz unmittelbar versucht, die Ereignisse in der Ukraine zu beeinflussen oder gar zu steuern, die staatliche Souveränität des Landes missachtend.

Die Argumente, mit denen der Kreml sein Handeln zu rechtfertigen versucht, erweisen sich bei genauerer Betrachtung als unzutreffend. Seit Monaten betreibt der Kreml eine breit angelegte propagandistische Offensive im In- und Ausland. Tatsächlich lässt sich feststellen, dass die Propaganda in der russischen Bevölkerung mehrheitlich verfängt. Aber ebenfalls im Ausland, gerade auch in Deutschland, präsentiert sich das öffentliche Meinungsbild zur Krise in der Ukraine kontrovers. Eine Reihe russischer Argumente stößt bei nicht Wenigen auf Verständnis. Die folgende Darstellung dient deshalb dazu, die wichtigsten Argumente der russischen Regierung als Mythen zu entlarven.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Jasper Eitze
Referent Russische Föderation, Ukraine, Belarus,
Republik Moldau, Südkaukasus
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 77
E-Mail: jasper.eitze@kas.de

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-95721-043-2



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

3 | I. ZEHN MYTHEN

1. Mythos:
„Der Westen hat sich in die inneren Angelegenheiten der Ukraine eingemischt und die Maidan-Proteste mit Hilfe faschistischer Gruppen organisiert und gesteuert.“ 3
2. Mythos:
„Die Übergangsregierung in Kiew ist durch einen Putsch an die Macht gelangt und besitzt daher keine Legitimität.“ 3
3. Mythos:
„Ethnische Russen, die mehrheitlich im Süden und Osten der Ukraine leben, werden durch die Übergangsregierung in Kiew und faschistische Gruppen diskriminiert und bedroht.“ 3
4. Mythos:
„Bei den bewaffneten Separatisten im Süden und Osten der Ukraine handelt es sich um Selbstverteidigungskräfte der russischstämmigen Bevölkerung, die mehrheitlich den Anschluss an die Russische Föderation anstrebt.“ 4
5. Mythos:
„Die Regierung in Kiew führt im Osten des Landes durch den Einsatz des Militärs einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung und zerschlägt friedliche Proteste.“ 4
6. Mythos:
„Durch ihre gemeinsame Geschichte und ethnisch-kulturelle Verbundenheit ist die Ukraine natürliches Einflussgebiet Russlands und verfügt daher nur über eingeschränkte Souveränität.“ 4
7. Mythos:
„Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die durchgeführten Referenden legitimieren die Abspaltung und Eingliederung der Krim und anderer Gebiete in die Russische Föderation.“ 5
8. Mythos:
„Der Westen misst im Falle der Unabhängigkeit des Kosovo und der Abspaltung der Krim mit zweierlei Maß.“ 5
9. Mythos:
„Der Westen hat seit dem Ende der Sowjetunion eine systematische Politik der Ausgrenzung und Schwächung Russlands betrieben.“ 5
10. Mythos:
„Die NATO hat sich entgegen früherer Zusicherungen in den postsowjetischen Raum ausgedehnt, strebt auch die Aufnahme der Ukraine an und beeinträchtigt dadurch russische Sicherheitsinteressen.“ 6

6 | II. FAZIT UND AUSBLICK

7 | QUELLENHINWEISE

7 | DIE AUTOREN



I. ZEHN MYTHEN

1. Mythos:

„Der Westen hat sich in die inneren Angelegenheiten der Ukraine eingemischt und die Maidan-Proteste mit Hilfe faschistischer Gruppen organisiert und gesteuert.“

Der spontane Beginn der Maidan-Proteste war eine Reaktion der Enttäuschung und Empörung großer Teile der ukrainischen Bevölkerung auf die plötzliche Abkehr der Regierung Janukowitsch vom Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union im November 2013. Die ukrainischen Bevölkerung unterstützt seit Jahren mehrheitlich den Annäherungskurs an die EU, weil sie sich von dem hiermit verbundenen Reformprozess eine Verbesserung der rechtsstaatlichen Bedingungen und somit mehr Demokratie, wirtschaftliches Wachstum und soziale Absicherung verspricht. Die friedlichen Proteste entwickelten sich erst durch wiederholte brutale Übergriffe der Sicherheitskräfte in Massenproteste, die sich zunehmend gegen die Regierung Janukowitsch selbst richteten und knapp drei Monate später zum Sturz des Regimes führten. Mit dem Andauern der Proteste und angesichts des gewaltsamen Vorgehen von Sicherheitskräften und bezahlten Schlägertrupps gegen die Demonstranten mischten sich zunehmend auch radikale Gruppen unterschiedlicher Prägung (Rechte, Linke, Kriegsveteranen, Hooligans etc.) unter die friedlichen Massen. Von ihnen erlangte der sogenannte „Rechte Sektor“ schnell Bekanntheit. Verlässliche Quellen vor Ort wiesen jedoch immer wieder darauf hin, dass die radikalen Gruppen insgesamt nie mehr als einige hundert bis maximal tausend Personen umfassten. Der Großteil der Protestierenden (bis zu zwei Mio. gleichzeitig landesweit) bestand hingegen aus friedlichen ukrainischen Bürgerinnen und Bürgern.

2. Mythos:

„Die Übergangsregierung in Kiew ist durch einen Putsch an die Macht gelangt und besitzt daher keine Legitimität.“

Eine klare Mehrheit der Ukrainer unterstützt die politischen Entwicklungen der letzten Monate, insbesondere die Absetzung Janukowitschs. Die Frage, ob der Sturz der Janukowitsch-Regierung legal war oder nicht, ist müßig. Denn eine Regierung erhält ihre demokratische Legitimität nicht allein durch Wahlen. Die Regierung Janukowitsch verlor ihre Legitimität spätestens durch ihr brutales Vorgehen gegen friedliche Demonstranten, ganz abgesehen von ihrem demokratie- und rechtsstaatsfeindlichen Agieren in den Jahren zuvor. Nach dem Umsturz hat das demokratisch gewählte

ukrainische Parlament die neue Übergangsregierung mit überwältigender Mehrheit (371 von 417 Stimmen) bestätigt. Dem schloss sich auch die Partei der Regionen des ehemaligen Präsidenten Janukowitsch an. Natürlich gilt es nun, schnellstmöglich durch Wahlen die Legitimität der politischen Führung zu stärken bzw. zu erneuern. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai hat ganz klar gezeigt, dass die demokratisch-proeuropäisch ausgerichtete Politik der letzten Monate in allen Landesteilen mehrheitlich Unterstützung findet. Parlamentswahlen noch in diesem Jahr zur Bildung einer neuen Regierung werden angestrebt. Die Destabilisierung im Süden und Osten der Ukraine durch bewaffnete Separatisten gefährdet diesen Prozess massiv.

3. Mythos:

„Ethnische Russen, die mehrheitlich im Süden und Osten der Ukraine leben, werden durch die Übergangsregierung in Kiew und faschistische Gruppen diskriminiert und bedroht.“

Rechtsradikale und nationalistische Kräfte in der Ukraine sollten ihrer Relevanz nach auf das reduziert werden, was sie sind: gesellschaftlich marginalisierte Splittergruppen und Parteien, die nach aktuellen Meinungsumfragen in Wahlen keine Aussicht auf Erfolg haben. Während die Swoboda-Partei bei den Parlamentswahlen 2012 als Ausdruck des Protests gegen die Regierung Janukowitsch noch über zehn Prozent der Stimmen erlangen konnte, liegt die Partei in Umfragen bei gerade einmal 3,5 Prozent, auf einem Niveau vergleichbar mit den Jahren vor 2012. Ihr Parteichef, Oleg Tjanibok, immerhin neben Vitali Klitschko und Arsenij Jazenjuk der sichtbarste Politiker der Opposition während der Maidan-Proteste, kam bei den Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai auf nur etwa ein Prozent der Stimmen. Als politisch noch unbedeutender ist der bereits erwähnte und ebenfalls als Partei registrierte Rechte Sektor zu sehen, dessen Kandidat bei den Wahlen am 25. Mai unter einem Prozent Stimmenanteil blieb.

Außerhalb russischer Medien gab es bisher keine glaubhaften Berichte über Bedrohungen für die russischstämmigen bzw. -sprachigen Bevölkerungsteile. Die tragischen Ereignisse in Odessa am 2. Mai mit über 40 Toten waren ein trauriger Einzelfall, dem wechselseitige Provokationen prorussischer und proukrainischer Gruppen voraus gegangen waren. Die von russischer Seite behauptete Massenflucht russischstämmiger Ukrainer findet nicht statt – darauf weisen Berichte internationaler Organisationen und unabhängiger Journalisten vor Ort hin. Die Bilder angeblicher Flüchtlinge im russischen Fernsehen wurden als falsch entlarvt. Sie zeigen ukrainische Gastarbeiter an der polnischen Grenze. Selbst in der gegen-



wärtigen, verschärften Lage in den umkämpften Gebieten kann von einer „humanitären Katastrophe“, wie es russische Medien beschreiben, nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Jüngste UN- und OSZE-Berichte stellen sogar fest, dass Menschenrechtsverletzungen, Einschüchterungen und Gewalt vor allem von prorussischen Kräften auf der Krim und in den umkämpften Gebieten in der Ostukraine ausgingen. Auch das Gesetz, das den Sprachen relevanter Minderheiten in der Ukraine einen offiziellen Status verleiht, blieb letztlich in Kraft. Die Übergangsregierung zieht zudem eine Föderalisierung des Landes in Erwägung, um den regional sehr unterschiedlichen Interessen in der Ukraine gerecht zu werden.

4. Mythos:

„Bei den bewaffneten Separatisten im Süden und Osten der Ukraine handelt es sich um Selbstverteidigungskräfte der russischstämmigen Bevölkerung, die mehrheitlich den Anschluss an die Russische Föderation anstrebt.“

Als in Kiew in den Wintermonaten Zehner-, bisweilen sogar Hunderttausende unbewaffneter Menschen demonstrierten, forderte Moskau von der damaligen ukrainischen Regierung eine entschiedene, gewaltsame Auflösung der Proteste. Es war ein Ausdruck von Zynismus, als Außenminister Lawrow die zum Teil schwer bewaffneten Gruppen, die in der Ostukraine ganze Städte besetzt halten, als „in die Verzweigung getriebene Bewohner des Südostens“ bezeichnete. Dabei weist das aktuelle Szenario im Osten des Landes auffällig viele Parallelen zu den Ereignissen auf der Krim auf, wo Moskau im Nachhinein sein aktives militärisches Eingreifen eingestand. Die deutsche Bundesregierung äußerte sich Mitte April ungewohnt deutlich zu den Vorgängen im Osten der Ukraine: „Vieles deutet darauf hin, dass die in der Ostukraine aktiven bewaffneten Gruppen Unterstützung aus Russland erhalten“, sagte die stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung, Christiane Wirtz. „Wenn man sich das Auftreten, die Uniformierung und die Bewaffnung einiger dieser Gruppen ansieht, kann es sich kaum um spontan aus Zivilisten gebildete Selbstverteidigungskräfte handeln.“

Tatsächlich zeigen aktuelle Umfragen wie die des „Kiev International Institute for Sociology“, dass nur eine Minderheit der Bevölkerung eine Abspaltung ihres jeweiligen Gebiets vom ukrainischen Staat wünscht. Zwar gibt es große Sorgen über soziale Missstände, Misstrauen und Unzufriedenheit mit der Übergangsregierung – eine gewaltsame Separation unterstützt jedoch nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. Laut Umfragen sprechen sich rund zwei Drittel der Befragten im Süden und Osten der Ukraine gegen eine Abspaltung aus. Selbst in den Hochburgen der Separatisten, in Donezk und Luhansk, lehnt mehr als die Hälfte eine

Sezession ab. Von einem einheitlich prorussischen Block im Osten und Süden der Ukraine kann also keine Rede sein. Es ist im Gegenteil auf gezielte Propaganda zurück zu führen, dass es wie in Odessa zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen proukrainischen und prorussischen Demonstranten gekommen ist.

5. Mythos:

„Die Regierung in Kiew führt im Osten des Landes durch den Einsatz des Militärs einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung und zerschlägt friedliche Proteste.“

Angesichts der gewaltsamen Besetzung wichtiger öffentlicher Gebäude, der Geiselnahme Dutzender von Personen, u.a. einer Gruppe von OSZE-Beobachtern, sowie der Äußerung selbsternannter „Volksvertreter“, eine Abspaltung der Region anzustreben, begann die ukrainische Armee ihren Einsatz im Osten zunächst sehr zögerlich. Im Gegensatz dazu steht die Forderung Präsident Putins während der Maidan-Proteste, das Militär gegen mehrheitlich friedliche Demonstranten einzusetzen. Während aber auf dem Maidan die große Mehrheit gewaltlos protestierte, setzen die Separatisten im Osten von Beginn an auf Waffengewalt.

6. Mythos:

„Durch ihre gemeinsame Geschichte und ethnisch-kulturelle Verbundenheit ist die Ukraine natürliches Einflussgebiet Russlands und verfügt daher nur über eingeschränkte Souveränität.“

Die geschichtlichen Verbindungen Russlands mit der Ukraine insgesamt und der Krim im Speziellen ändern nichts an der Rechtswidrigkeit der Abspaltung und Annexion der Krim und möglicherweise weiterer Gebiete. Geschichtliche Argumente haben für das internationale Recht und in der europäischen Nachkriegsordnung aus gutem Grund keine Relevanz. Ein friedliches Zusammenleben der europäischen Staaten wäre kaum vorstellbar, würden territoriale Ansprüche und Grenzverläufe auf einer historischen Grundlage diskutiert. Mit dem Ende der Sowjetunion willigten die ehemaligen Sowjetrepubliken formell ein, gegenseitig ihre Grenzen und ihre territoriale Integrität zu achten sowie ehemals innerstaatliche Grenzen als internationale anzuerkennen. Und selbst wenn das Referendum auf der Krim nicht unter gewaltsamen, unfreien Umständen stattgefunden hätte, müssen territoriale Veränderungen konsensual in völkerrechtlichen Verträgen geregelt werden, wie sich auch aus der UN-Charta ergibt – und wie Präsident Putin nicht zuletzt mit Blick auf das Kosovo oder Tschetschenien immer wieder betont hat. Welche Auswirkung die Krim-Krise auf Grenzkonflikte in Zentralasien, im Kaukasus, oder auf dem westlichen Balkan hat, ist noch nicht abzusehen. Der russische Präsident Putin hat die Anne-



xion der Krim mit der deutschen Wiedervereinigung verglichen. Dabei wurde die deutsche Wiedervereinigung mit Billigung der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, wie sie sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag ausdrückte, und in Übereinstimmung mit allen Nachbarstaaten vollzogen. Sie war damit von der internationalen Gemeinschaft voll getragen.

7. Mythos:

„Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die durchgeführten Referenden legitimieren die Abspaltung und Eingliederung der Krim und anderer Gebiete in die Russische Föderation.“

Das Krim-Referendum wie auch die Referenden in den Gebieten Donezk und Luhansk im Osten der Ukraine sind mit dem Völker- und nationalen ukrainischen Recht nach Ansicht von Experten nicht zu vereinbaren: Zwar erlaubt die ukrainische Verfassung in der Autonomen Republik Krim Volksentscheide zu politischen Fragen. Gebietsänderungen sind dagegen nationalen Referenden vorbehalten, wie der Bonner Völkerrechtler Stefan Talmon erläutert. Gegen das Völkerrecht verstößt das Referendum, so Talmon, weil zum Zeitpunkt der Abstimmung die Halbinsel de facto militärisch von Russland besetzt war. Ende März stimmten in der UN-Vollversammlung daher 100 Mitgliedsstaaten für eine Resolution, die die Annexion der Krim durch Russland für ungültig erklärt und territoriale Integrität der Ukraine unterstreicht. 58 Staaten enthielten sich, 11 stimmten gegen die Resolution, unter ihnen Syrien, Nordkorea, Weißrussland, Simbabwe, der Sudan, Venezuela und Kuba. In dieser Gesellschaft sollte sich Russland in seiner Politik gegen die Ukraine eigentlich nicht bestätigt fühlen.

Ungeachtet der Völkerrechtswidrigkeit des Referendums ist auch anzuzweifeln, dass das Ergebnis den Willen der Bevölkerung auf der Krim tatsächlich zum Ausdruck bringt. Denn die Abstimmung war nicht wirklich frei. Die einseitig formulierten Fragen auf den Wahlzetteln ließen keine Abstimmung für den Status zu. Zudem hielten sich nach Korrespondentenberichten in der Nähe von und teilweise sogar in den Wahllokalen selbst militärische Einheiten auf, deren Sympathie für die Abspaltung der Krim offenkundig war. Unabhängige Wahlbeobachter – beispielsweise der OSZE – waren hingegen nicht zugelassen. Angeblich sollen rund 97 Prozent der Teilnehmer des Referendums für den Beitritt zu Russland gestimmt haben, bei einer Wahlbeteiligung von 83 Prozent. Doch selbst der Menschenrechtsrat des russischen Präsidenten geht in einem kürzlich veröffentlichten Bericht von einem, zurückhaltend formuliert, höchst unrepräsentativen Referendum aus. Realistisch sei vielmehr, dass 50 bis 60 Prozent der Teilnehmer für den Anschluss an die Russische Föderation gestimmt haben, bei einer Wahlbeteiligung von

30 bis 50 Prozent. Auch sei laut Bericht davon auszugehen, dass viele Ja-Stimmen vor allem die Ablehnung von Willkür und Korruption unter der alten Regierung Janukowitsch zum Ausdruck brachten.

8. Mythos:

„Der Westen misst im Falle der Unabhängigkeit des Kosovo und der Abspaltung der Krim mit zweierlei Maß.“

Der von Russland wieder und wieder bemühte Vergleich mit dem Kosovo hinkt gewaltig. Denn nachdem die Staatengemeinschaft den sogenannten ethnischen Säuberungskriegen von Milosevic auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien über Jahre praktisch ohnmächtig zusehen musste, nachdem durch Sanktionen und Verhandlungen keine Lösung gefunden werden konnte, griff die NATO ohne UN-Mandat militärisch ein. Dabei war es Russland gewesen, das einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates für ein UN-Mandat blockiert hatte. Dem NATO-Einsatz folgte die KFOR-Mission zur Stabilisierung des Kosovo. Letztere beruhte auf der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates. Erst 2008 erfolgte schließlich die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo, die der Internationale Gerichtshof in Den Haag 2010 als nicht völkerrechtswidrig bezeichnete. Er wies dabei aber auch explizit darauf hin, dass seine Beurteilung keinen Präzedenzfall schaffen soll. Gerade wenn die Menschenrechte großer Bevölkerungsteile nicht massiv bedroht bzw. verletzt werden, also keine humanitäre Katastrophe droht, gibt es laut Völkerrechtler Georg Nolte keine legale Basis für einen militärischen Eingriff von außen. Ungeachtet dessen verwendet Russland den Begriff der „humanitären Katastrophe“ auch im Zusammenhang mit der Krim. Das Referendum wurde innerhalb kürzester Zeit, ohne Verhandlungen mit den Vereinten Nationen und der Ukraine, durchgeführt. Anders als im Fall des Kosovo blieb die Krim auch nicht unabhängig, sondern schloss sich einem anderen Staat an. Obwohl Russland bis heute die Republik Kosovo nicht anerkennt, bezieht sich Moskau ironischerweise auf genau diesen Fall zur Rechtfertigung der Unabhängigkeit der Krim.

9. Mythos:

„Der Westen hat seit dem Ende der Sowjetunion eine systematische Politik der Ausgrenzung und Schwächung Russlands betrieben.“

Russland ist Mitglied verschiedener relevanter internationaler Institutionen, so etwa der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des Europarats. Dass Russland jedoch augenscheinlich nicht bereit ist, konstruktiv in diesen Gremien zusammenzuarbeiten und Interessenausgleiche zu suchen, kann nicht als Schuld der übr-



gen europäischen Akteure ausgelegt werden. Ein weiteres Beispiel für eine Einbindung ist die Aufnahme Russlands in die G8, obwohl es ursprünglich die wirtschaftlichen Kriterien nicht erfüllte. Gerade auch Deutschland hat sich intensiv darum bemüht, Russland politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich zu integrieren.

10. Mythos:

„Die NATO hat sich entgegen früherer Zusicherungen in den postsowjetischen Raum ausgedehnt, strebt auch die Aufnahme der Ukraine an und beeinträchtigt dadurch russische Sicherheitsinteressen.“

Der Westen trug entscheidend zum Erhalt des russischen Weltmachtstatus bei, indem er ehemalige Sowjetrepubliken wie Belarus, die Ukraine und Kasachstan zur Abgabe ihrer Nuklearwaffen an Moskau drängte. Als klares Zeichen der Einbindung Moskaus in sicherheitspolitische Strukturen erhielt Russland 1994 einen festen Sitz in der Balkan-Kontaktgruppe, in der Moskau jedoch alles andere als konstruktiv mitwirkte, sondern eher durch Blockadepolitik auffiel.

Putins Vorhalt, dass sich die Nato entgegen früherer Zusicherungen nach Osten erweitert habe, ist falsch. Derartige Absprachen oder gar schriftliche Verpflichtungen gab es nicht. Die baltischen Staaten, Polen und andere ehemalige Staaten des Warschauer Paktes haben in aller Souveränität die Aufnahme in die NATO beantragt. Diese Souveränität will Russland Staaten wie der Ukraine jedoch nicht zugestehen, sondern fordert Neutralität, wo eigentlich keine Entscheidung zwischen rivalisierenden Blöcken gefällt werden müsste. Russlands Einkreisungsängste in Bezug auf die NATO sind vor allem eines: ein Problem der russischen Wahrnehmung. In den Köpfen führender russischer Politiker und Akademiker dominiert offenbar nach wie vor ein NATO-Bild aus den Zeiten des Kalten Krieges, in denen sich das westliche Bündnis gegen Moskau richtete. Diese Zeiten sind seit zwei Jahrzehnten vorbei. Tatsächlich würde es die NATO begrüßen, gäbe es mit Russland eine engere Abstimmung in sicherheitspolitischen Fragen. Russland sieht also eine Konkurrenz und Gegnerschaft, wo faktisch keine ist. Erst Russlands Vorgehen auf der Krim hat die NATO dazu veranlasst, ihre Aufmerksamkeit nun doch Osteuropa zuzuwenden, da die Logik russischer Rechtfertigungsversuche für das Vorgehen auf der Krim auch auf NATO-Mitgliedsstaaten mit russischen Minderheiten, wie Estland oder Lettland, übertragbar wäre.

II. FAZIT UND AUSBLICK

Die russische Argumentation lässt drei inhaltliche Grundpfeiler erkennen:

Erstens: Zentral ist der Vorwurf einer illegitimen Regierung in Kiew, die durch einen Putsch an die Macht gekommen sei und von Faschisten dominiert werde. Folglich kann Moskau wenig daran liegen, dass die ukrainische Zentralregierung durch Wahlen neue Legitimität gewinnt. Die Destabilisierung der Ost- und Südukraine verfolgt somit genau auch dieses Ziel, landesweit keine ordnungsgemäßen Wahlen abhalten zu können.

Zweitens: Moskau nimmt die angebliche Diskriminierung und Bedrohung russischstämmiger bzw. russischsprachiger Ukrainer zum Anlass, sich als Schutzmacht zu präsentieren und direkt oder indirekt in die Ereignisse im Nachbarland einzugreifen und sie zu steuern. In diesem Zusammenhang betont die russische Seite die historisch begründete Zugehörigkeit der Ukraine oder Teile von ihr zu Russland. Die staatliche Eigenständigkeit wird dem Nachbarland grundsätzlich nicht oder nur teilweise zugebilligt.

Drittens: Russland rechtfertigt das eigene Handeln durch Vorhaltungen gegen den Westen und insbesondere die NATO, eine antirussische Politik zu betreiben und systematisch seine (Sicherheits-)Interessen zu beeinträchtigen. Dabei geht Russland offenbar ganz selbstverständlich von einer Vorrangstellung der eigenen Interessen im postsowjetischen Raum vor den Interessen anderer Staaten in der Region aus.

Angesichts der für die Regierung Putin ungünstigen politischen (Proteste anlässlich von Wahlen seit 2012) und wirtschaftlichen Entwicklungen drängt sich der Eindruck auf, dass das aggressive außenpolitische Gebaren Russlands zu einem nicht unerheblichen Teil innenpolitisch motiviert ist. Die Annexion der Krim hat Putin zu noch nie dagewesener Popularität verholfen, nachdem er in den letzten Jahren zunehmend im eigenen Land in die Kritik geraten war. Russische Politiker können sich darauf verlassen, dass nationalistische Parolen bei einer großen Mehrheit der russischen Bevölkerung Unterstützung finden. Es ist sogar davon auszugehen, dass politischer Erfolg in Russland ohne eine nationalistische Komponente momentan nicht möglich wäre.

Staatlich gesteuert, werden in Russland die eigene nationale Identität und Kultur zunehmend in Abgrenzung von europäischen Werten definiert. Diese Abgrenzung umfasst auch Fragen des politischen Systems, der politischen Kultur und grundlegende Wertevorstellungen wie bestimmte Menschen-



rechte und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Vor diesem Hintergrund kann Moskau in der aktuellen Situation eigentlich nur daran interessiert sein, dass die Ukraine unter der jetzigen proeuropäischen Führung in Kiew, die Moskau als illegal, faschistisch und unfähig darstellt, als Staat scheitert, damit Russland umso erfolgreicher erscheint. Entsprechend geht es denjenigen russischstämmigen Ukrainern, die derzeit tatsächlich hoffend nach Moskau blicken, auch nicht darum, Schutz zu finden vor ethnisch motivierter Unterdrückung und Ausgrenzung. Vielmehr nehmen sie den relativen ökonomischen Vorsprung Russlands gegenüber der Ukraine wahr und fühlen sich durch die Übergangsregierung in Kiew nicht repräsentiert. Sollte es der Ukraine – ähnlich wie anderen osteuropäischen Staaten – jedoch gelingen, in politisch-wirtschaftlicher Anbindung an die EU Erfolg zu haben, ergäbe sich umgekehrt für Putin das Problem, dass die russische Bevölkerung in einem geografisch wie ethnisch-kulturell so nahe liegenden Staat wie der Ukraine eine Alternative zu seinem Herrschaftsmodell sehen könnte. Einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung der Ukraine kann das Land bzw. die Regierung in Kiew selbst leisten. Letztere muss sich sehr viel stärker als bisher um die Bevölkerung im Süden und Osten des Landes bemühen und deren Sorgen und Misstrauen begegnen. Gleichzeitig muss sie deutlich machen, dass sie sich von radikalen politischen Kräften in ihrem Handeln nicht beeinflussen lässt und alle ethnischen und sprachlichen Bevölkerungsgruppen als gleichwertig betrachtet. Dies scheint in erster Linie eine Frage der Kommunikation zu sein, denn die von Russland angeführte systematische Diskriminierung russischstämmiger Ukrainer findet tatsächlich nicht statt.

Ebenso wichtig ist natürlich die Lösung drängender Probleme im Bereich Wirtschaft und Soziales sowie die Bekämpfung der allgegenwärtigen Korruption. Die ukrainische Wirtschaft ist durch die Entwicklungen der letzten Monate massiv eingebrochen, wodurch sich auch der Druck auf den Haushalt des Landes weiter verstärken dürfte. An dieser Stelle sind natürlich auch die EU, die USA und andere Staaten gefragt, die Ukraine zu unterstützen. Gegenüber Moskau muss immer wieder betont werden, dass sich die Ukraine-Politik des Westens nicht gegen Russland richtet. Moskau muss allerdings auch akzeptieren, dass die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine zu respektieren sind.

QUELLENHINWEISE

- *Jana Puglierin: Wir dürfen die Annexion der Krim nicht einfach hinnehmen! DGAPStandpunkt. April 2014, Nr. 3. <https://dgap.org/de/article/getFullPDF/25178>*
- *Michael Martens: Vorschlaghammer gegen Pinzette. Die Vergleiche zwischen der Krim und dem Kosovo fallen nicht zu Russlands Gunsten aus. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 17. März 2014.*
- *Sandra Tjong: Russland schafft Fakten. Die sieben wichtigsten Fragen zum Krim-Referendum. FOCUS-Online. 16. März 2014. http://www.focus.de/politik/ausland/putin-schafft-fakten-der-westen-diskutiert-die-sieben-wichtigsten-fragen-zum-krim-referendum_id_3679901.html*
- *CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: Die Ukraine-Krise: Von der Abspaltung der Krim bis zur Präsidentschaftswahl. <https://www.cduscu.de/spezial/krim-krise-ukraine-russland>*
- *Kiev International Institute for Sociology: The views and opinions of South-Eastern regions residents of Ukraine: April 2014. <http://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=302&page=3>*

DIE AUTOREN

Jasper Eitze

*Referent Russische Föderation, Ukraine, Belarus, Republik Moldau, Südkaukasus
Hauptabteilung Europäische und Internationale
Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

Michael Gleichmann

Studium der Politikwissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (BA „Politik und Gesellschaft“) und der University of California Los Angeles, Praktikant im Team Politikdialog und Analyse, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Gefällt Ihnen diese Publikation?

Dann unterstützen Sie die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung für mehr Demokratie weltweit mit einer mobilen Spende. Der Betrag kommt unmittelbar der Stiftung zugute und wird für die Förderung unserer satzungsgemäßen Zwecke verwendet.

